

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Telegr.: Tageblatt Sorau-Niederlausitz
Verlag: Sorau
No. 554 Berlin N.W. 7

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.
Amtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.

Sernsprecher Nummer 22 und 37.
Biro-Amt
bei der Reichsbank

Ercheinungswelle (Freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. —
Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ follet bei Abholung in unleren Vertriebs-
stellen in Stadt und Land monatlich 2,- RM., bei der Post abgeholt monatlich 2,20
RM., durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 RM., mehr, im Wochenbezug
in unlerer Geschäftsstelle 60 RM. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsänderung,
Arbeitsunfähigkeit oder Ausperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung
oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigen: Die 8spaltige Kolonelle im Einzelteil je Millimeterhöhe 8 Reichs-
pfennig. Im Reklameteil die 4spaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 35 Reichspf.
Für Anzeigen durch Fernsprecher aufzugeben 10 Pf., aber nicht mehr als 50 Reichs-
pfennig. Für Anzeigen mit händlichem Schriftverkehr 25 Pf. und für Anzeigen, bei denen mehrere
Firmen gemeinsam inserieren, 100 Pf. Aufschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei
telefonischer Aufgabe von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem
Tarif. Bei Zahlungsvorgang und bei Anzeigen erlischt jeder Anspruch auf demselben.

Nummer 277

Sonnabend-Sonntag, den 24./25. November 1928.

118. Jahrgang

Drohende Steuererhöhungen im Reich.

Zroh Abstrichen und Einsparungen. — Schwierige Haushaltsgestaltung.

Wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, werden sich die Beratungen des Reichsfinanzministeriums über den Haushaltsplan 1929 voraussichtlich bis gegen Weihnachten hinziehen, da sich die Schwierigkeiten des Haushalts infolge des Festhaltens an den notwendigen Steuererhöhungen nicht so schnell erledigen lassen. Dazu kommt, daß auch das laufende Haushaltsjahr

voraussichtlich nicht ohne Defizit abschließen

wird. Zeit steht schon heute, daß die Risse im Budget der größeren Beträge bereits sehr stark gegenüber dem Voranschlag zurückbleiben werden.

Man hofft, durch größere Abstriche beim Haushaltsplan des Reichsfinanzministeriums und Reichswehrministeriums im neuen Haushalt etwa 100 Millionen einzusparen und von der Reichspost eine Mehreinnahme von 50 Millionen zur Verminderung des Defizits im laufenden Haushaltsjahr erhalten zu können. Ferner wird versucht werden, die Ueberweisungen an die Länder, die im laufenden Haushaltsjahr 3,2 Milliarden Mark betragen, herabzusetzen, um durch diese Ersparnisse einen Teil des Defizits zu decken. Da aber die Länder selbst mit großen Festbeträgen rechnen, bleibt die Frage offen, wie sich der Reichsrat gegenüber solchen Sparmaßnahmen des Reiches verhalten wird. Der genaue Umfang der Steuererhöhungen wird ferner von dem Ausgang der Beratungen über das Steuervereinfachungsgesetz abhängen. Auf alle Fälle ist aber mit einer

erheblichen Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuern zu rechnen. Ob man dabei auch die Weinsteuern wieder einführen wird, dürfte ebenso wie eine Erhöhung der Schaumweinsteuer vorerst fraglich bleiben, da die Einnahmen aus solcher Steuer nur sehr gering sind. Ebenso ungewiß ist es noch, ob zur Ausgleichung des Defizits eine Wiedereinführung der Vermögenszuwachssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer in Frage kommen wird.

Das Steuervereinfachungsgesetz angenommen.

Opposition im Reichsrat.

Der Reichsrat beschloß heute in seiner heutigen Sitzung u. a. mit dem Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes. Es zeigte sich, daß fast alle Länder mit den bisherigen Vorschlägen der Reichsregierung nicht einverstanden sind. Es kam zum Teil zu recht schärfer Auseinandersetzungen mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding. Der sächsische Ministerialdirektor von Ziemert äußerte aus, seine Regierung könne sich nicht entschließen, in einem Augenblick, in dem völlige Dunkel über die Regelung des Haushaltsplan 1929 herrscht, die Gesetzgebung über die beiden wichtigsten Steuern, die den Ländern noch verbleiben seien, der Hand zu geben, ohne auch nur zu wissen, welche Möglichkeiten bei der Reichsregierung hinsichtlich des bevorstehenden Finanzjahrs beständen. Da dem Verlangen nach Klärung keine Folge gegeben ist, sieht sich seine Regierung zu ihrem Bedauern genötigt, gegen das ganze Gesetzgebungsverfahren zu stimmen.

Der bayerische Gesandte Dr. Berger erklärte für sein Land, er halte die Erfordernisse einer verfassungsändernden Gesetzgebung bei allen sechs Gesetzen, die zur Vorlage geblieben, für

erfüllt, also auch beim Steueranpassungsgesetz und Steuervereinfachungsgesetz. Aus finanzpolitischen, verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Gründen sei Bayern nicht in der Lage, dem Entwurf seine Zustimmung zu erteilen. Diese Gesetze würden einen mächtigen Schritt in der Richtung zum Einheitsstaat, den die bayerische Regierung grundsätzlich ablehne, bedeuten.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding erkannte an, daß das Gebot der Gleichheit vor dem Gesetz und das Gebot über den Uebertritt von Beamten in den Reichsdienst allerdings verfassungsändernden Charakter hätten. Die Regierung glaube, daß eine Verfassungsänderung bei den übrigen Gesetzen nicht vorliege. Wenn der Reichsrat verfassungsändernden Charakter bei allen Gesetzen beschließen würde, werde die Regierung in diesen Fällen eine Doppelvorlage an den Reichstag einbringen.

Danach lehnte auch der württembergische Gesandte Dr. Wöckler den Entwurf aus schwerwiegenden Gründen ab, ebenso der hessische Gesandte Ruß, der noch besonders auf die fremden Besetzungen in seinem Lande hinwies. Für Mecklenburg-Schwerin begründete Ministerialdirektor Dr. Tischbein die Vereinigung auf dem Gebiete der Realsteuern. Gegen die vorliegenden Entwürfe habe aber auch seine Regierung schwere Bedenken. Mecklenburg-Schwerin werde gegen das Grundsteuerreformgesetz, gegen das Gesetz über die Gebäudenutzungssteuer stimmen. Der ostpreussische Gesandte Hülhorn lehnte den Entwurf in seiner Gesamtheit ab.

Der Berichterstatter, Ministerialdirektor Pog, betonte, daß es Aufgabe des Entwurfes war, die richtige Mitte zwischen dem Ziel der Steuervereinfachung und der notwendigen Bewegungsfreiheit für die Länder zu finden. Der Reichsrat nahm die Bestimmungen über die einzelnen Gesetzesteile besonders vor. Das Grundsteuergesetz, das Gewerbesteuerergesetz und das Steuer-

anpassungsgesetz wurden als nicht verfassungsändernd erklärt. Gegen diese Gesetzentwürfe stimmten die Länder, die sich in der Ansprache bereits dagegen ausgesprochen hatten. Diese drei Gesetze wurden mit Mehrheit angenommen. Das Gesetz über den Uebertritt von Beamten wurde mit verfassungsändernder Mehrheit, und zwar mit 49 gegen 19 Stimmen, darunter Bayern, Sachsen und Oldenburg, angenommen. Beim Gebäude-Entschuldigungssteuergesetz, für das auch verfassungsändernde Mehrheit notwendig war, ergaben sich nur 31 Stimmen für und 31 Stimmen gegen die Vorlage. Da die verfassungsändernde Mehrheit nicht erreicht wurde, ist dieses Gesetz vom Reichsrat abgelehnt worden. Von der Regierung wurde angefragt, ob sie an dem Entwurf trotzdem festhalte und ihn unmissbar an den Reichstag weiterleiten werde. Die fünf Gesetze sind in einem Antrag gleichsam zusammengefaßt, das im Reichsrat gleichfalls gestrichen wurde, da das Gebäudenutzungssteuergesetz keine Mehrheit gefunden hatte. Statt dessen wurde lediglich ein Einigungs-gesetz genehmigt. Die Reichsregierung behielt sich auch für eine Anzahl anderer Anträge, die vom Reichsrat abgelehnt worden waren, eine Doppelvorlage an den Reichstag vor.

Deutsche Reparationsmemoranden in London und Paris überreicht.

Deutscher Botschafter Goesch bei Briand.

Paris, 23. Nov. Wie verlautet, hat Botschafter von Goesch bei seiner heutigen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré ein Memorandum übergeben, in dem der deutsche Standpunkt zu den von dem Sachverständigenausschuss zu behandelnden Fragen generell dargelegt wird.

Paris, 23. Nov. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen über die Einlegung des Sachverständigenausschusses zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage hatte der Botschafter von Goesch heute mit dem Minister Briand einen Besuch ab.

Paris, 23. Nov. Poincaré empfing heute nachmittag eine Abordnung der sozialistischen Fraktion der Kammer, die über die Entwicklung der Reparationsverhandlungen informiert zu werden wünschte. Die Delegation bräute vor allem die Befürchtung aus, daß die Verhandlungen in einem Sinne geführt werden könnten, der den Interessen der Großbanken entspreche. Sie drückte den Wunsch aus, daß die Delegation so zusammengesetzt würde, um den Einfluß der Großbanken auszuschalten oder wenigstens abzumildern. Poincaré erwiderte, daß gerade aus diesem Grunde außer dem Gouverneur Moreau noch ein zweiter Delegierter, Mirz, ernannt worden sei, der feinerlei Beziehungen zu den Banken bestie.

Graf Bernstorff über Sicherheit und Abrüstung.

München, 23. Nov. Im Dienst bestehen Auditorium Maximum der Universität hielt heute abend der Vertreter Deutschlands beim Völkerverbund, Graf Bernstorff, einen Vortrag über den Stand der Genfer Verhandlungen betreffend die Sicherheit und Abrüstung. Der Redner erklärte u. a., der dem Völkerverbund zu Grunde liegende Gedanke sei von hohen idealen Wert. Die heutigen politischen Verhandlungen im Völkerverbund lieferten freilich noch nicht auf diesen Ideal, sondern immer noch auf den Friedensverträgen. Deutschland sei aber in einer günstigen Position, da es sich auf die Erfüllung seiner Verpflichtungen berufen könne. Seit dem Genfer Protokoll habe über dem Völkerverbund ein Dreierpakt: Abrüstung, Sicherheit und Schiedsgericht. Ersterer ließe sich heute noch fernerreich da. Die militärische Unterabteilung der Abrüstungskommission habe aber wertvolle Arbeit geleistet. Sie habe nachgewiesen, daß die Abrüstung technisch möglich sei. Zu einer weitausgehenden Abrüstung werde es nach der Anschauung des Redners nicht kommen, solange die Differenzen zwischen Amerika und England in der Völkervertrag nicht beseitigt seien. Der Redner sprach sich für die größte Fortschritt, der in der Abrüstungsfrage gemacht wurde, über

er werde ein toter Buchstabe bleiben, wenn man nicht aus ihm die Konsequenzen für die Abrüstung ziehe. Die Deutschen hätten nach der Erfüllung ihrer vertraglichen Abrüstungsver-

Heute neue Einigungsverhandlungen im Eisenkonflikt.

Düsseldorf, 23. Nov. In den Konfliktverhandlungen der Gruppe Nordwest haben beide Parteien vereinbart, daß unmittelbar, nachdem am Sonnabend der Spruch des Arbeitsgerichts in Duisburg gefällt worden ist, die Einigungsverhandlungen unter Leitung des Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf wieder aufgenommen werden sollen.

Geschlossene Front der Arbeitgeberverbände.

Berlin, 23. Nov. Der Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie haben in einer gemeinsamen Sitzung am heute die Verständigungserklärung in der Eisenindustrie des Westens und der Metallindustrie geschaffenen Lage folgende Stellung angenommen:

Die in dem Schiedspruch für die Eisenindustrie vorgesehene Lohnverhöhung bedeutet eine wesentliche Steigerung der Selbstkosten und damit eine

Erhöhung der Eisenpreise.

die eine erste Gefährdung des gesamten deutschen Preisniveaus nach sich ziehen müßte. Jede weitere Steigerung des Preisniveaus muß aber unter allen Umständen vermieden werden. Die Preisentwärtung insbesondere in den Schlüsselindustrien ist nicht nur für die unmittelbar beteiligte Wirtschaft, sondern für Deutschlands weltwirtschaftliche Stellung und damit für die Volksgemeinschaft von einschneidender Bedeutung. Eine Entwidlung, die der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbsfähigkeit der durch Kapitalknappheit, hohe Zinsen und andere Verwicklungen in prägender Weise verunsicherten Industrie nicht genügend Rechnung trägt, schädigt letzten Endes die Arbeiterschaft ebenso wie die Unternehmungen. Der Abwendung dieser Gefahr dient die Sättigung der Unternehmungen in der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Nach dieser Richtung muß

pflichtungen das gute Recht, die Einberufung der Kommission zu verlangen. Wir Deutschen müßten das Gewissen der Welt aufkräften und den Vätern zeigen, was ein kommender Krieg für die Zivilbevölkerung bringen würde. Wir müßten der Welt zeigen, welche Schuld die Völker trüge, wenn sie nicht sofort lehrten, daß künftige Kriege verhindert werden. Wer den letzten Krieg erlebt habe, der wisse, was die öffentliche Meinung bedeute. Sie sei eine Macht, ohnegleiches, deren sich Deutschland in dieser Frage bedienen müsse, damit die Völker der Welt endlich abkräfteten.

höher aus von der deutschen Öffentlichkeit der Wirtschaftskampf in der westlichen Eisenindustrie mit dem großen Ernst und dem Verantwortungsbewußtsein gewertet werden, wie dies von der deutschen Industrie im Interesse des Volksgutes geschieht.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Reichsverband der Deutschen Industrie stellen sich infolgedessen in voller Erkenntnis der Tragweite des letzten Konflikts für die ganze deutsche Wirtschaft geschlossen hinter die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Beide Organisationen haben beschlossen, die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen. Dasselbe Haltung nehmen Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Reichsverband der Deutschen Industrie gegenüber dem Wirtschaftskampf in der Metallindustrie ein. Beide Organisationen schließen sich namens der gesamten deutschen Industrie der Erklärung an, die der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller für die Arbeitgeber der Metallindustrie abgegeben hat.

Der Märkische Arbeitgeberverband demotiert.

Sagen, 23. Nov. Zu der Mitteilung der Regierung Arnberg, daß sie ihre Werbung, wonach vom Märkischen Arbeitgeberverband die Ausperrung von 11 607 Arbeitern bereits am 30. November verfügt sei, aufrecht erhält, erklärt der Märkische Arbeitgeberverband, daß er die Richtigkeit der Werbung der Regierung Arnberg nach wie vor in Abrede stellen müsse.

Vier Raubüberfälle im Industriegebiet.

Serne, 24. Nov. Gestern nachmittags kurz nach 5 Uhr überfielen zwei Mauter den in der Ringellenke der Gemarkung in Serne-Sagen allein amelanden Raftkier und zwangen ihn unter Bedrohung mit Pistolen, den Raftkier zu öffnen, aus dem sie rund 3000 Mk. raubten. Zweis Ersparung ihrer Verfolgung schenken sie die Fernspreisleitungen durch und nötigen den Raftkierbeamten unter Vorhalten ihrer Pistolen, keine Sofe auszusuchen, die sie mitnahmen.